

GERMAN INSTITUTE FOR ECONOMIC RESEARCH

WOHLSTANDSVERLUSTE ALS FOLGEN EINER OPPORTUNISTISCHEN POLITIK

Bruno Hollnagel

Als opportunistisch wird eine Politik bezeichnet, bei der kurzfristige Popularität, Machterhalt oder Stimmmaximierung über langfristige gesellschaftliche oder wirtschaftliche Vernunft gestellt werden. Trifft eine solche Politik auf ein Anspruchsdenken der Bürger, kann es zu einer chronischen Staatsüberschuldung kommen. Wie das?

Ausgangspunkt können beispielsweise konkrete wirtschaftliche oder soziale Probleme sein. Anstatt diese eigenverantwortlich zu lösen, wird der Staat aufgefordert, zu entlasten, zu stabilisieren oder kurzfristig Abhilfe zu schaffen. Die amtierende Politik kommt diesen Forderungen oftmals gerne nach, da sie so ihre Handlungsfähigkeit und Unentbehrlichkeit beweisen kann und glaubt, Wähler zu gewinnen. Gibt der Staat diesen Forderungen wiederholt nach, wird es zunehmend als selbstverständlich erachtet, dass er den Bürgern auftretende alltägliche Schwierigkeiten aus dem Weg räumt. Um diese Erwartungen zu erfüllen, benötigt der Staat Kompetenzen, Ressourcen und Eingriffsrechte. Diese aber kann er nur von den Bürgern erhalten, die folglich Freiräume verlieren. Der Ruf nach dem Staat bedeutet somit auch der Ruf nach Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten.

In der Folge entsteht ein wachsender Interventionsapparat: Probleme werden mit Subventionen, Förderprogrammen und Hilfspaketen „gelöst“. Für diese Maßnahmen sind jedoch erhebliche finanzielle Mittel erforderlich, die oft durch neue Schulden bereitgestellt werden. Zudem müssen auch immer komplexere Verwaltungsstrukturen aufgebaut, reguliert, kontrolliert und bezahlt werden. Bürokratie und Regulierung werden so selbst zu Kostentreibern und hemmen zugleich die wirtschaftliche Dynamik. Insgesamt wird also einerseits vom Staat mehr verlangt andererseits leiden infolge der sinkenden Dynamik die Einnahmen des Staates. Die Politik reagiert darauf häufig mit weiteren kreditfinanzierten Maßnahmen, die kurzfristig Stabilität suggerieren, aber die Probleme nur überdecken. Dadurch entsteht eine Wachstumsillusion, die auf staatlicher Nachfrage, statt auf produktiver Wertschöpfung beruht. Mit jedem zusätzlichen Ausgabenprogramm verengt sich der fiskalische Handlungsspielraum der Zukunft, da die Zahlungsverpflichtungen durch Zinsen und Schuldentilgungen steigen. Der Reformdruck nimmt zu. Am Ende steht ein Zustand, in dem der Staat seine Verpflichtungen nur noch durch immer neue Schulden bedienen kann. Diese chronische Staatsüberschuldung geht mit sinkendem allgemeinem Wohlstand einher und schwächt die Zukunftsfähigkeit des Staates.

Das beschriebene Verfahren kann aus verschiedenen Perspektiven sehr unterschiedlich bewertet werden. Die einen sehen darin eine Lähmung der Wirtschaft sowie eine gefährliche Abhängigkeit von staatlichen Hilfen. Andere wiederum betrachten es als notwendige Schutzmechanismen, die soziale Sicherheit gewährleisten und Krisen abfedern. Wieder andere sehen es aus technokratischer Sicht und betrachten das Phänomen funktional: Staatliche Eingriffe können stabilisieren – oder sie können lähmen. Entscheidend sind ihre Ausgestaltung, ihre Zielgenauigkeit und ihre zeitliche Begrenzung.

Als gesichert gilt jedoch, dass ein dauerhaft ausgeweitetes Interventionsregime zu weniger eigenverantwortlichem Handeln führt. Je stärker Bürger und Unternehmen darauf vertrauen, dass der Staat ihre Probleme löst, desto geringer wird ihre Bereitschaft sein, Risiken zu tragen, Entscheidungen selbst zu treffen und Verantwortung zu übernehmen. Dies schwächt langfristig die Fähigkeit zur Selbstorganisation und befördert Unselbstständigkeit. In der Folge gehen individuelle und wirtschaftliche Freiheiten verloren. Ein solches System verspricht einerseits Entlastung, erzeugt aber andererseits Abhängigkeit.

Zurück zur Schuldendynamik

Die Politik, auf der Suche nach Zustimmung, verspricht mehr, als sie real finanzieren kann. Der Wunsch ist Vater des Gedankens: Doch woher soll das fehlende Geld kommen?

Da höhere Steuern politisch riskant wären, greifen Regierungen oftmals lieber zur Verschuldung. So bleiben die wahren Kosten zunächst unsichtbar, und staatliche Leistungen erscheinen billiger, als sie tatsächlich sind.¹ So entsteht eine fiskalische Illusion: Der Staat vermittelt den Eindruck, seine Angebote seien günstig oder gar kostenlos – tatsächlich aber sind sie teuer, weil zu der Rückzahlung der Schulden noch die Zinszahlungen hinzukommen.

Staatsschulden, die nicht in produktive Investitionen fließen, sondern den Konsum finanzieren, wirken wie das süße Gift eines vermeintlichen Heilsbringers. Sie sind leicht einzunehmen und entfalten rasch eine wohltuende Wirkung. Der Schmerz lässt nach. Doch schnell ist die Wirkung verflogen und der Staat ist erneut gefordert. Nun muss er eine höhere Dosis verabreichen, um die gleiche Wirkung zu erzielen und die Patienten zu beruhigen. Doch schon bald drücken die Probleme erneut und die Sucht lechzt nach „Medizin“. Mit jeder neuen Verschuldungsrunde potenziert sich die toxische Wirkung. Was als Heilung verspricht, ist in Wahrheit Teil der Krankheit.

In diesem Zusammenhang sei an die Generationenbilanz von Raffelhüschen erinnert. Gemäß dieser ist der Staat langfristige Verpflichtungen in Höhe von ca. 19,5 Billionen Euro (Stand 2025) eingegangen, denen – bei derzeitiger Gesetzeslage – keine entsprechenden Einnahmen gegenüberstehen.²

Dabei ist ein grundlegendes ökonomisches Prinzip zu bedenken: Ansprüche können nur aus erbrachter Leistung entstehen. Wenn diese Abhängigkeit aus dem Fokus gerät, entstehen Erwartungshaltungen, die auf Dauer weder ökonomisch noch sozial tragfähig sind. Wenn das Anspruchsdenken die Leistungsbereitschaft dauerhaft übersteigt – beginnt der Weg in den ökonomischen Abgrund.

Dieser Mechanismus wird durch eine opportunistische Politik begünstigt, die nicht die Staatsinteressen, sondern den eigenen Machterhalt im Sinn hat.

Wie parteipolitische oder persönliche Motive Entscheidungen vor übergeordneten Staatsinteressen rangieren können, zeigen folgende Beispiele:

In der Corona-Pandemie haben föderale Akteure teilweise Maßnahmen nicht nach epidemiologischen Kriterien, sondern nach parteipolitischen Opportunitäten unterstützten oder kritisierten, um sich im Wettbewerb mit dem Bund oder anderen Parteien zu profilieren.³ Auch die Auswertung von über 4.000 Textstellen aus Landtagsdebatten zeigt, dass politische Akteure die Pandemie nutzten, um parteiinterne Konflikte auszutragen oder Zustimmung zu mobilisieren. Opportunismus nahm insbesondere dann zu, wenn die öffentliche Unterstützung für strenge Maßnahmen sank, was die politische Kommunikation zusätzlich polarisierte.⁴

Neben parteipolitischen Motiven können auch persönliche Interessen politische Entscheidungen beeinflussen. So war im Briefing der NZZ am 16.7.2026 zu lesen: „Die Wehrpflicht gilt grundsätzlich für alle israelischen Staatsbürger. Ein neues Gesetz schützt ultraorthodoxe Wehrdienstverweigerer jedoch vorerst vor Strafverfolgung. Das könnte so interpretiert werden, als opfere der Ministerpräsident Netanyahu die sicherheitspolitischen Interessen seines Landes, um politisch zu überleben.“

Historisch zeigen zudem internationale Fälle, dass persönliche oder externe wirtschaftliche Interessen politische Entscheidungen beeinflussen können. In den 1970er-Jahren wurden weltweit Politiker von

¹ Hollnagel, B. (2009): *Relativitätsökonomie – Die Menschlichen Motive wirtschaftlichen Handelns*. Wiley

² Raffelhüschen, B., Schukatis, S., Atramka, S., Seuffert, S. (2024) *Generarionenbilanz*. <https://www.stiftung-marktwirtschaft.de/inhalte/publikationen/detailansicht/ehrbarer-staat-die-generationenbilanz-das-rentenpaket-ii/>

³ Kropp, S., Nguyen, C., & Souris, A. (2022). *Prägt Opportunismus das föderale System? Herausforderungen des „bundesfreundlichen Verhaltens“ in der Corona-Krise*. In W. Muno et al. (Hrsg.), *Staat, Rechtsstaat und Demokratie* (S. 41–67). Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-658-38759-4_3

⁴ Kropp, S., Nguyen, C., & Souris, A. (2022). *Federal Cohesion in Times of Crisis? Opportunism and Cooperation in State-Level Plenary Debates on Covid-19*. *Der moderne Staat*, 15(1).

US-Unternehmen bestochen, um Entscheidungen zugunsten privater Unternehmensinteressen zu treffen. Die Enthüllungen führten später zum Foreign Corrupt Practices Act, der solche Praktiken eindämmen sollte. Der Fall verdeutlicht, wie politische Akteure Entscheidungen treffen können, die nicht dem Staatsinteresse, sondern externen oder persönlichen Vorteilen dienen.⁵

Ein viertes Beispiel findet sich in der europäischen Energie- und Subventionspolitik. Mehrere Regierungen reagierten auf kurzfristige Stimmungslagen mit umfangreichen, kreditfinanzierten Entlastungspaketen, obwohl diese die Haushalte stark belasteten und strukturelle Reformen verhinderten. In Frankreich etwa wurden Energiepreisdeckel eingeführt, die Proteste vermeiden sollten, aber langfristig Milliardenkosten verursachten und die Marktmechanismen verzerrten.⁶

⁵ U.S. Securities and Exchange Commission. (2023). *Foreign Corrupt Practices Act*. <https://www.sec.gov>

⁶ OECD. (2022). *Energy policy and fiscal sustainability*. U.S. Securities and Exchange Commission. (2023). *Foreign Corrupt Practices Act enforcement*.